

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
16. Rat 2004-2009
Sitzungsdatum:
20.06.2006

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 20.06.2006

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 18:15 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung des Rates vom 13.12.05
3. Konkretisierung des Brandschutzbedarfsplanes
4. Novellierung des Schulgesetzes, hier: Lernmittelfreiheit
5. Umgestaltung der Gem.-Grundschule Frelenberg zur offenen Ganztagsgrundschule
6. Schloss Zweibrüggen, hier: Änderung der Entgeltordnung
7. 30. Änderung des Flächennutzungsplanes Kirchenweg
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
8. Bebauungsplan Nr. 97 - Kirchenweg -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
9. 31. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich P&R-Platz
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Grünfläche" in "Verkehrsfläche" und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
10. Bebauungsplan Nr. 91 Bahnhofsumfeld 2. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
11. 32. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Brünestraße
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Fläche für die Landwirtschaft" in "Mischgebiet" und "Gewerbegebiet"

- 12. Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 9. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
 - 13. EUREGIONALE 2008
 - 13.1. Sachstandsbericht
 - 13.2. Vorstellung Teilprojekte 2007
 - 14. Stellenausschreibung
 - 15. Antrag der UWG-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 08.02.2006 betr. Gebührenpflicht für das Aufstellen von Altkleidercontainern
 - 16. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 16.1. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen gem. § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 7.6.2006, hier: Einsetzung eines Jugendforums in Übach-Palenberg
 - 17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
- 18. Bericht über die Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung des Rates vom 13.12.05
 - 19. Vertragsangelegenheiten
 - 19.1. Mittelbare Beteiligung der Stadt über die WestEnergie und Verkehr GmbH & Co. KG (west) an:
 - 1. a) der Biogasanlage Wassenberg VerwaltungsGmbH
 - 1. b) der Biogasanlage Wassenberg GmbH & Co. KG
 - 2. a) der Biogasanlage Haaren VerwaltungsGmbH
 - 2. b) der Biogasanlage Haaren GmbH & Co. KG
 - 20. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Übach-Palenberg durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen
 - 21. Antrag der CDU-Fraktion nach 5 GeschO vom 26.04.2006 betr. Einstellung der Geldzuwendungen an ausgeschiedene Bedienstete der Stadt Übach-Palenberg
 - 22. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 23. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

ANWESENHEITSLISTE

anwesende Stadtverordnete

Frau Bäbel Bartel	SPD	
Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow	UWG	(abwesend zu TOP 19.1, 20:15 bis 20:17 Uhr)
Herr Bernhard Brade	CDU	
Herr Sascha Derichs	SPD	
Herr Thomas Dieckmann	UWG	(abwesend zu TOP 15, 20:05 bis 20:09 Uhr)
Herr Herbert Fibus	SPD	(abwesend zu TOP 9, Pt. 2 und 3, 19:06 bis 19:10 Uhr)
Herr Joachim Fröhlich	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	(abwesend zu TOP 13.2, 19:58 bis 20:03 Uhr)
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	(abwesend zu TOP 19.1, 20:15 bis 20:17 Uhr)
Herr Paul Josef Gerschel	SPD	(abwesend zu TOP 19.1, 20:15 bis 20:17 Uhr)
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Herbert Konrads	CDU	
Herr Leo Meertens	UWG	
Frau Petra Meyer	UWG	(abwesend zu TOP 19.1, 20:15 bis 20:17 Uhr)
Herr Manfred J. Offermanns	FDP	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Frau Vera Sarasa	UWG	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Matthias Spätgens	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Frau Erika Tanzer	SPD	
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen	
Herr Günter Weinen	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	

nicht anwesende Stadtverordnete

Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski

Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

Schriftführer

Herr Stadtamtmann Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten sowie die Vertreter der Presse. Er wies daraufhin, dass den Stadtverordneten als Erweiterung zur Tagesordnung ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einsetzung eines Jugendforums in Übach-Palenberg zugegangen sei. Der Antrag werde unter TOP 16.1 beraten.

A) **Öffentliche Sitzung**

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift des Rates vom 16.05.2006 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung des Rates vom 13.12.05**

Stadtverordneter **Weinen** erkundigte sich in Bezug auf TOP 3 der damaligen Sitzung über den aktuellen Stand zur Einführung eines Bürgerbusses. Er habe gehört, dass der Vorsitzende aufgrund eines Wohnortwechsels das Amt nicht länger habe ausüben können.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, er gehe fest davon aus, dass der Wegzug des jetzigen Vorsitzenden kein Problem im Aufbau des Vereins darstellen werde.

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg aus öffentlicher Sitzung vom 13.12.2005 wurde ohne weitere Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **Konkretisierung des Brandschutzbedarfsplanes**

Beschluss:

Der Brandschutzbedarfsplan wird wie folgt ergänzt:

5.3 Die vorgenannten Schutzziele (5.1 und 5.2) sind zu einem Erreichungsgrad von 80 % zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 **Novellierung des Schulgesetzes, hier: Lernmittelfreiheit**

Bürgermeister Schmitz-Kröll wies daraufhin, dass den Stadtverordneten zu diesem Tagesordnungspunkt ergänzende Unterlagen und die Beantwortung der in der Haupt- und Finanzausschusssitzung gestellten Fragen zugegangen seien.

So sei es durchaus möglich diese Regelung befristet auf ein Jahr festzusetzen. Die Eltern auswärtiger Schüler in die Lernmittelfreiheit nicht mit aufzunehmen verbiete sich allerdings, da das Schulträgerprinzip gelte. So seien grundsätzlich allen Schülern einer Schule die entsprechenden Vergünstigungen zu gewähren.

Wie hoch die Anzahl der betroffenen Schüler sein werde, könne jedoch leider nicht exakt beantwortet werden, da über die Hilfebedürftigkeit der Schüler bzw. deren Eltern, die gerade nicht in Übach-Palenberg wohnen, keine konkreten Aussagen getroffen werden könne. Von Seiten der ARGE könne zumindest gesagt werden, dass 540 Kinder der Primarstufe und der Sekundarstufe I mit dem Wohnort in Übach-Palenberg kalkuliert werden müssten. Wenn man noch 110 Fälle aus verschiedenen Rückschlüssen hinzuzähle, ergebe dies einen Bedarf von 650 Betroffenen, die kalkuliert werden könnten.

Bei den individuellen Belastungen sehe es so aus, dass für Primarschüler 1,00 Euro, für Schüler der Sekundarstufe I 2,17 Euro und für Schüler der Sekundarstufe II ein Betrag unter 2,00 Euro pro Monat zu kalkulieren sei.

Für die Stadt Übach-Palenberg betrage bei einer Lernmittelfreiheit für alle Schüler die Gesamtbelastung 13.000,00 Euro.

Er könne sich nicht vorstellen, diese zusätzlichen Kosten zu übernehmen, die das Land den Kommunen aufbürden und sich dabei selbst aus seiner Verantwortung stehlen wolle. Vor diesem Hintergrund empfehle er, dass die Stadt die Kosten nicht übernehme.

Stadtverordneter **Weißborn** bestätigte ebenfalls, dass es eine Zumutung des Landes sei, sowohl für die Städte als auch für die ALG-II- Empfänger die vorgesehene Lernmittelfreiheit zur Disposition der Kommunen zu stellen. Die Tatsache, dass Sozialhilfeempfänger und ALG-II-Empfänger nicht mehr gleichgestellt seien, verursache zudem eine soziale Schieflage.

Die Übertragung der Kostenlast vom Land an die Kommunen sei unredlich. Das Land nehme bewusst in Kauf, dass es auch Fälle gebe, in denen Kinder ohne Schulbücher zum Unterricht erscheinen. Dies bedinge zwangsläufig eine Stigmatisierung der Betroffenen. Der Grundsatz, dass Bildung für alle gleich zugänglich sein müsse, werde hier durchbrochen.

Die SPD-Fraktion spreche sich dafür aus eine Resolution an das Land zu verabschieden, diesen Missstand aufzuheben. Man werde nach den Sommerferien hier tätig werden. Auch wenn die Umstände rechtfertigen, dass die Stadt nicht klein beigeben dürfe, wolle die SPD-Fraktion dafür plädieren, dass die Kommune die Kosten übernehme, um den sozialen Aspekten genüge zu tun.

Stadtverordneter **Weinen** betonte, dass das Land nach der Regierungsübernahme zügig daran gearbeitet habe durch die Einstellung von mehr Personal den Unterrichtsausfall abzubauen. Er halte es für durchaus zumutbar in maßvoller Weise auch ALG-II-Empfänger an der Kostenbelastung für die Beschaffung von Schulbüchern zu beteiligen. Er verwies darauf, dass es etliche arbeitende Menschen gebe, die kaum mehr oder sogar weniger als ein ALG-II-Empfänger zum Lebensunterhalt hätten, allerdings die Lernmittel auch selber bezahlen müssten. Er erinnerte daran, dass zu seiner Schulzeit viele das gesamte Schulmaterial selbst hätten aufbringen müssen. Dies habe auch funktioniert und sei nicht unmöglich gewesen. Zudem halte er auch die zurzeit angesprochenen Beträge der Eigenbelastung für nicht so hoch, als dass sie nicht durch die Betroffenen getragen werden könnten.

Stadtverordnete **Bischhaus-Trotnow** verwies darauf, dass SGB-II-Empfänger und ALG-II-Empfänger nicht vergleichbar seien. Dies ergebe sich aus der individuellen Zuordnung und den Freibeträgen, die sich aus der Übernahme von geringfügigen Beschäftigungen ergeben.

Stadtverordneter **Rißmayer** verwies darauf, dass das Konexitätsprinzip nicht erfüllt sei. Der Landkreistag habe hierauf besonders hingewiesen. Vor dem Hintergrund, dass es Bestrebungen gebe diese Regelung wieder zu revidieren, spreche er sich dafür aus, nicht in voreiligem Gehorsam der Übernahme der Lernmittelkosten zuzustimmen.

Stadtverordneter **Weißborn** merkte an, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, dass ALG-II-Empfänger die Gewinner der Gesellschaft seien. Er erinnerte daran, dass gerade die Übach-Palenger Tafel, die auch von einigen Ratsmitgliedern der UWG-Fraktion unterstützt werde, vorwiegend für ALG-II-Empfänger gegründet worden sei. Die Ungerechtigkeit sehe er hauptsächlich in zu geringen Löhnen. Das Lohndumping verzerre häufig die Vergleichbarkeit zwischen Erwerbstätigen und Hartz-IV-Bedürftigen.

Die SPD-Fraktion werde deshalb dies auch zum Gegenstand ihrer Resolution machen und heute einen Beschluss fassen, der zumindest für den Fall, dass die Landesregierung bei ihrer Meinung bleibe, die Lernmittelfreiheit für Bedürftige garantiere.

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, dass er im vorliegenden Fall die Not der betroffenen Schülerinnen und Schüler sehe. Dies halte er für nicht in Ordnung und werde deshalb der Übernahme der Lernmittelkosten zustimmen, auch wenn dies von seiner Landespartei anders gesehen werde.

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg als Schulträger übernimmt den Eigenanteil der Kosten für Lernmittel für alle Schülerinnen und Schüler aus Bedarfsgemeinschaften des ALG II.

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen

16 Nein-Stimmen

5 Umgestaltung der Gem.-Grundschule Frelenberg zur offenen Ganztagsgrundschule

Beschluss:

Die GGS Frelenberg wird ab dem Schuljahr 2006/2007 zu einer Offenen Ganztagsgrundschule umgestaltet. Hierbei soll es sich um eine auf Dauer angelegte Maßnahme handeln. Der GGS Frelenberg wird die Organisation und der Betrieb der Ganztagsgrundschule übertragen.

Die Umwandlung erfolgt unter Beachtung der geltenden Erlasse und insbesondere unter Beachtung folgender Maßgaben:

- Die Möglichkeit des Zugangs zur Offenen Ganztagsgrundschule in Frelenberg erfolgt ausschließlich für Kinder, die im Einzugsbereich der GGS Frelenberg wohnen (über Ausnahmen entscheidet die Schulleitung nach Beratung mit dem Schulträger),
- die Stadt übernimmt eine Garantieverpflichtung für evtl. Finanzierungslücken bis zur Höhe von 5.000,00 EUR jährlich, da seitens der Schule auf den Einsatz städt. Eigenmittel für die Ausgestaltung außerunterrichtlicher Angebote (nach Erlass 410,00 EUR/Schüler/Jahr) zu verzichten ist,
- die Stadt schafft einen weiteren für die Betreuung geeigneten Raum (Küche) durch Um- oder Anbau. Ein entsprechender Investitionskostenzuschuss wurde bereits bei der Bezirksregierung beantragt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6 Schloss Zweibrücken, hier: Änderung der Entgeltordnung

Beschluss:

§ 3 Nr. 2 der Entgeltordnung von Schloss Zweibrücken wird wie folgt geändert:

- Für die Nutzung des Barockzimmers für einen Umtrunk nach der standesamtlichen Trauung für eine Stunde wird ein Entgelt in Höhe von € 100,00 erhoben. Außerhalb der regulären Dienstzeiten der Stadtverwaltung beträgt das Entgelt €120,00.
Diese Änderung der Entgeltordnung tritt mit dem Tage nach der Beschlussfassung durch den Rat in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 30. Änderung des Flächennutzungsplanes Kirchenweg

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit vorgetragene Anregung wird entsprechend der Anlage 1.1 (die Anlage ist Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten) entschieden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen 2.1

bis 2.10 (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten) entschieden.

3. Der Entwurf zur 30. Änderung des Flächennutzungsplanes Kirchenweg wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 30. Änderung des Flächennutzungsplanes Kirchenweg wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

8 Bebauungsplan Nr. 97 - Kirchenweg -

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit vorgetragene Anregung wird entsprechend den Anlagen 1.1 bis 1.7 (die Anlage ist Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten) entschieden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangene Anregung wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.11 (die Anlage ist Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten) entschieden.
3. Der Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 97 – Kirchenweg - wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 97 – Kirchenweg – wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

9 31. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich P+R-Platz

hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Grünfläche" in "Verkehrsfläche" und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass im vorliegenden Verfahren mit der Erweiterung des P&R-Parkplatzes und des Wohnmobilstellplatzes zwei Dinge miteinander verbunden seien, die nicht zusammen gehören. Die CDU-Fraktion spreche sich gegen die Ausweisung eines Wohnmobilstellplatzes aus, da ihrer Meinung nach kein

Bedarf in der Stadt Übach-Palenberg hierfür vorhanden sei. Selbst die Finanzierung im Zusammenhang mit der EuRegionale 2008 bedinge einen Eigenanteil der Stadt in Höhe von 20 %, der ihrer Meinung nach zu hoch sei. Insbesondere die Bereitstellung der Versorgungseinrichtungen verursache Folgekosten, die die Stadt zu tragen habe. Er könne sich nicht vorstellen, dass in absehbarer Zeit eine Kostendeckung durch Einnahmen erfolgen könne. Die CDU-Fraktion spreche sich daher für eine Aufteilung des Beschlusses aus, da die Ausweisung der P&R-Parkplätze am Bahnhof ihre Zustimmung finde.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass es schwer sei, das Vorhaben zu trennen. Er merkte an, dass das Verfahren zurzeit nur einen Aufstellungsbeschluss beinhalte. Mit der Umsetzung des Projektes werde sich der Rat erst später befassen. Er schlage deshalb vor, die Sitzungsvorlage so zu lassen und das planerische Verfahren einzuleiten. Die Stellungnahme der CDU-Fraktion werde durchaus Berücksichtigung im Protokoll finden.

Stadtverordneter **Weinen** entgegnete, dass ein einmal begonnenes Verfahren sicherlich immer weiter fortschreiten werde und eine Trennung der beiden Bestandteile später wohl eher unwahrscheinlich sei.

Stadtverordneter **Weißborn** bekräftigte ebenfalls, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht um die inhaltliche Bewertung des Planungsverfahrens, sondern nur um dessen Einleitung gehe.

Stadtverordnete **Weinhold** betonte, dass auch sie den Standort für einen Wohnmobilstellplatz in direkter Nachbarschaft zu den Bahngleisen für nicht sinnvoll erachte. Sofern die Planung des Wohnmobilstellplatzes von der Beschlussempfehlung abgekoppelt werde, könne man jedoch zustimmen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erläuterte, dass die Beschlussempfehlung der Sitzungsvorlage lediglich eine Einleitung des Änderungsverfahrens vorsehe und nicht mehr oder weniger hierzu beschlossen werde.

Stadtverordneter **Dieckmann** bestätigte dies, verwies jedoch darauf, dass in der Begründung darauf Bezug genommen werde, weshalb der dargestellte Bereich in der ausgewählten Größe geändert werden müsse. Insofern lasse sich ein Zusammenhang zwischen den geplanten Maßnahmen nicht wegreden.

Beigeordneter **Schlüter** verdeutlichte, dass selbstverständlich in der Begründung auf die geplanten Maßnahmen Bezug genommen werden müsse. Schließlich stellen sie den Grund für die Einleitung des Planverfahrens dar. Es wäre unehrlich hier entsprechende Informationen vorzuenthalten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll kündigte an, zuerst über die grundsätzliche Ausrichtung des Areals abstimmen lassen zu wollen.

Beschluss:

- 1. Das im Lageplan zur Änderung des Flächennutzungsplanes dargestellte Gebiet wird komplett als P&R-Parkfläche ausgewiesen.**

2. Das im Lageplan zur Änderung des Flächennutzungsplanes für den P&R Parkplatz ausgewiesene Gebiet wird zumindest zur Hälfte als P&R Parkplatz ausgewiesen.

3.1 Für den im Lageplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 31. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet.

3.2 Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

3.3 Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

(Der Lageplan ist Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten)

Abstimmungsergebnis:

1. 14 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen
2. Einstimmig
3. Jeweils 16 Ja-Stimmen
Jeweils 14 Nein-Stimmen

**10 Bebauungsplan Nr. 91 Bahnhofsumfeld 2. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Beschluss:

1. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 91 – Bahnhofsumfeld – wird angeordnet.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils 17 Ja-Stimmen
Jeweils 14 Nein-Stimmen

- 11 **32. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Brünestraße**
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Fläche für die Landwirtschaft" in "Mischgebiet" und "Gewerbegebiet"
-

Beschluss:

1. Für den im Lageplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 32. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet (Der Lageplan ist Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 12 **Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 9. Änderung**
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
-

Beschluss:

1. Die 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 – Holthausen-Süd – wird angeordnet.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

13 EUREGIONALE 2008

13.1 Sachstandsbericht

Beigeordneter **Schlüter** stellte den aktuellen Sachstand zu den Projekten der EuRegionale 2008 vor, an denen die Stadt Übach-Palenberg beteiligt ist. Die PowerPoint-Präsentation ist als Anlage diesem Protokoll beigelegt.

13.2 Vorstellung Teilprojekte 2007

Beschluss:

Das vorgestellte Teilprojekt „Wohnmobilstellplatz“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Ein Förderantrag zur Umsetzung des Projektes im Jahre 2007 ist in 2006 zu stellen. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushaltsjahr 2007 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen
13 Nein-Stimmen

14 Stellenausschreibung

Beschluss:

Die als Anlage beigelegte Stellenausschreibung zur Einstellung eines/r Dipl. Sozialarbeiters/in als Streetworker/in wird zustimmend zur Kenntnis genommen. (Die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten.)

Abstimmungsergebnis:

25 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen

15 Antrag der UWG-Fraktion nach § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 08.02.2006 betr. Gebührenpflicht für das Aufstellen von Altkleidercontainern

Stadtverordnete **Weinhold** erinnerte daran, dass, sollte der Vertrag nicht bis zum 30.06.2006 gekündigt sein, sich dieser bis zum Ende des Jahres verlängere. Man habe in der vergangenen Ratssitzung um Vertagung dieser Angelegenheit ersucht, da man mit der AWO noch Kontakt aufnehmen und Hintergrundinformationen einholen wollte.

Man habe dabei feststellen dürfen, dass selbst von der AWO das Projekt Waschkaue

als nicht gefährdet angesehen werde, sollte der Vertrag zur Aufstellung von Altkleidercontainern gekündigt werden. In Gegenwart ihrer Kollegen hätte dies der AWO-Vorsitzende Dieter Meurer so bestätigt.

Stadtverordneter **Weißborn** zeigte sich verwundert über diese Aussage, da er von Herrn Meurer persönlich genau das Gegenteil bestätigt bekommen habe. Auch der AWO-Vorsitzende Krawanja habe ihm dies gegenüber so erläutert.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass auch er Kontakt zur AWO gesucht habe und diese bestätigt hätte, dass - sollte sie den Auftrag für die Aufstellung der Altkleidercontainer nicht mehr bekommen - dies durchaus finanziell schmerzhaft, aber nicht zur vollständigen Gefährdung des Gesamtprojektes führe. Vor dem Hintergrund, dass der betroffene Personenkreis der Beschäftigten dieser Arbeit aus der laufenden Sozialhilfe herauskomme, spreche sich jedoch die CDU-Fraktion dafür aus, den Vertrag mit der AWO weiterhin so zu belassen und keine Gebührenpflicht für das Aufstellen von Altkleidercontainern zu verlangen.

Stadtverordneter **Dieckmann** erklärte, dass der Antrag der UWG offensichtlich bei der AWO zu einem Umdenkungsprozess geführt habe und sich diese die Frage stelle, welche Kosten ihr durch die Altkleiderverwertung entstünden. Das Argument, dass hierdurch Arbeitslose von der Sozialhilfe wegkämen, könne man insoweit entkräften, als dass auch andere Firmen mit entsprechenden Aufträgen Menschen in Beschäftigung halten oder einer Beschäftigung zuführen würden. Schließlich seien auch andere Firmen darauf angewiesen ihre Beschäftigten mit Arbeit zu versorgen. Es könne nicht sein, dass die Entscheidung von der Angst geleitet werde unter Umständen zwei Übach-Palenberger wieder der Sozialhilfe zuzuführen.

Stadtverordneter **Weißborn** bestätigte, dass schon im Vorfeld klar war, dass eine gewisse Zeit ins Land gehen müsse, ehe sich die Altkleiderverwertung finanziell auch für die AWO lohne. Grundsätzlich stehe auch diese Einnahmequelle in der Planung für das Projekt Waschkaue.

Stadtverordnete **Weinhold** bot an, in nichtöffentlicher Sitzung noch Zahlen vorzulegen, die ihre Argumentation stützen würden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erinnerte daran, dass im vorliegenden Fall besonnen und mit Weitsicht gehandelt werden solle. Die Stadt Übach-Palenberg habe für die AWO eine Bürgschaft übernommen, sollte das Projekt der Waschkaue in finanzielle Schieflage gelangen. Alle Maßnahmen, die geneigt seien, die Einnahmesituation im Zusammenhang mit der Waschkaue zu verschlechtern, fänden deshalb nicht seine Unterstützung.

Er plädierte dafür, dass gebührenfreie Aufstellen der Altkleidercontainer noch ein weiteres Jahr durchführen zu lassen und dann den UWG-Antrag erneut zu beraten. Weiterhin gab er zu bedenken, dass die AWO selber sicherlich diese Maßnahme einstellen würde, sollte sich herausstellen, dass sich diese nicht lohne.

Stadtverordneter **Weinen** merkte an, dass auch bei Weitervergabe an die AWO, die Pflege der Altkleidercontainerstellplätze durch diese zu erfolgen habe. Die Verwaltung solle bitte entsprechende Kontrollen durchführen.

Stadtverordneter **Meertens** verdeutlichte noch mal, dass die UWG-Fraktion ihren Antrag ganz bewusst so gestellt habe und für eine weitere Verlängerung oder ein Hinausschieben keine Begründung erkenne.

Beschluss:

Der Antrag der UWG-Fraktion nach § 5 der GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 08.02.2006 betr. Gebührenpflicht für das Aufstellen der Altkleidercontainer wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

**5 Ja-Stimmen
25 Nein-Stimmen**

16 Erweiterungen zur Tagesordnung

16.1 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen gem. § 5 GeschO des Rates und der Ausschüsse vom 7.6.2006, hier: Einsetzung eines Jugendforums in Übach-Palenberg

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag:

„Grüne Fraktion Übach-Palenberg

7. Juni 2006

Herrn
Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

Antrag gem. § 5 der GO des Rates

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll

Wir möchten Sie bitten den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 20. Juni 2006 zu setzen.

Einsetzung eines Jugendforums in Übach-Palenberg

Die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen bitten die Verwaltung darum, ein Konzept für die Einrichtung eines Jugendforums in der Stadt Übach-Palenberg zu erarbeiten, welches in den Fachausschüssen des Rates diskutiert und erläutert werden soll. Als inhaltliche Grundlage soll die diesem Antrag beigefügte Erläuterung dienen.

Begründung:

Fast immer sind Kinder und Jugendliche von politischen Entscheidungen betroffen. Selten haben sie Gelegenheit, diese Entscheidungen zu beeinflussen. Aber auch junge Menschen haben ein Recht, ihre Positionen in die gesellschaftliche Debatte um die Zukunft einzubringen und unser Gemeinwesen aktiv mitzugestalten. Dieses Recht einzulösen, bereichert Politik und Gesellschaft. Eine stärkere Beteiligung von

Kindern und Jugendlichen qualifiziert Planungs- und Entscheidungsprozesse und schafft gleichzeitig Lernorte für Demokratie und bürgerschaftliches Engagement. Dieser öffentliche Ort für Jugendliche stellt somit eine Ergänzung des bisher vorhandenen Angebotes für Jugendliche in der Stadt Übach-Palenberg dar. Die bisherige Vorgehensweise der projektbezogenen Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen soll aufgrund ihrer positiven Ergebnisse neben dem Jugendforum weiter fortbestehen.

Konzeptionsentwurf:

Als Auftaktveranstaltung soll möglichst zeitnah ein Jugendforum stattfinden. Dabei ist für eine kostenlose Bewirtung der jungen Gäste zu sorgen. Im Vorfeld erstellt die Verwaltung ein Informationsflugblatt über die Aufgaben, Möglichkeiten und Ziele des Jugendforums sowie ein Einladungsschreiben für die Auftaktveranstaltung. Flyer und Einladung werden flächendeckend und in ausreichender Auflage in allen weiterführenden Schulen und Jugendtreffs im Stadtgebiet ausgelegt und zudem an alle bekannten Jugendorganisationen weitergeleitet. Auch erfolgt eine Information über die lokale Presse und die städtische Homepage. Außerdem bereitet die Verwaltung Geschäftsordnungen vor, welche die Arbeitsweise des Jugendforums regeln. Angeregt wird dabei, dass die Verwaltung Informationen bei anderen Kommunen einholt, die bereits über Erfahrungen mit Jugendforen verfügen (z.B. Eschweiler).

Wichtig ist uns außerdem, dass ein(e) Mitarbeiter/In der Verwaltung für die Vorbereitung und Betreuung des Jugendforums benannt wird und diesem/dieser Mitarbeiter/In dafür ausreichend Arbeitszeit eingeräumt wird.

weitere Begründung mündlich

Gez. Rainer Reißmayer

Gez. Björn Utecht“

Stadtverordneter **Utecht** betonte, dass es den Grünen darum gehe, die Einbindung der Jugendlichen in Politik und Gesellschaft zu forcieren. Man habe sich hierbei bewusst für die Form des Jugendforums entschieden, da diese besser geeignet sei den Prozess der Meinungsbildung zu fördern als ein Jugendparlament. Formelle Hürden, die die kreative Beteiligung der Jugendlichen einschränken, sollen möglichst vermieden werden. Zur Gestaltung des Forums könne auf den kleinen Etat im Haushalt zurückgegriffen werden.

Stadtverordneter **Overländer** regte an, dass sich sinnvoller Weise auch der Jugend- und Sozialausschuss mit dieser Thematik befasse.

Stadtverordneter **Weinen** erinnerte daran, dass schon in der Vergangenheit oftmals der Versuch gestartet wurde eine vergleichbare Veranstaltung durchzuführen. Man habe im vorliegenden Antrag offenbar nur den Namen für etwas geändert, was schon länger hätte stattfinden sollen. Die CDU-Fraktion spreche sich gegen einen eigenen Etat für das Jugendforum aus, da die grundsätzliche Kompetenz dem Rat vorbehalten bleiben solle. Grundsätzlich sehe die CDU-Fraktion das Vorhaben eines Jugendforums allerdings positiv, mit der Maßgabe, dass das Jugendzentrum mit einbezogen und auch der neue Sozialarbeiter in die Durchführung eingebunden werden solle.

Stadtverordneter **Reißmayer** erläuterte, dass es den Grünen keineswegs darum gehe einen separaten Etat einzurichten, sondern für die Durchführung lediglich auf die im bestehenden Haushalt schon bereitgestellten Mittel zurückgreifen zu können. Im Ge-

gensatz zu einem Jugendparlament sei das Forum offen für die Beteiligung an sämtlichen gesellschaftlichen Prozessen. Das Parlament sei darauf ausgerichtet, auch Entscheidungen treffen zu können. Vor dem Hintergrund der Zuständigkeiten anderer politischer Gremien sei dies allerdings nicht immer unproblematisch.

Stadtverordneter **Weißborn** erläuterte, dass er sich noch gut an das unter dem ehemaligen Bürgermeister Rolf Kornetka durchgeführte Kinderparlament erinnern könne. Er halte die Initiative der Grünen für durchaus sinnvoll und plädierte dafür das Projekt zügig anzugehen. Er warnte allerdings davor den Sozialarbeiter mit zusätzlichen Aufgaben zu überfrachten, bevor dieser überhaupt seine Tätigkeit bei der Stadt aufgenommen habe.

Beschluss:

Zur Einrichtung eines Jugendforums in der Stadt Übach-Palenberg wird die Verwaltung beauftragt ein Konzept zu erarbeiten, welches in den Fachausschüssen des Rates diskutiert und erläutert werden soll.

Als inhaltliche Grundlage sollen die Erläuterungen des Antrages der Fraktion B'90/Die Grünen vom 07.06.2006 dienen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

17 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass die Schützen Übach ihre Sommerkirmes am 24. und 25. Juni feiern werden. Der Rat der Stadt Übach-Palenberg sei offiziell hierzu eingeladen worden. Am 24. Juni werde hierzu ein Empfang im Hof Glasmacher stattfinden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 20.14 Uhr die öffentliche Sitzung.

B) Nichtöffentliche Sitzung

...

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Bürgermeister Schmitz-Kröll um 20.23 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer